

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telex: 8 86346 ppbn d  
Telefax: 9 1520-12



## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB zum Beschluß des UNO-Sicherheitsrates: Verschärfung des Embargos gegen Serbien macht widersprüchliche Politik der Bundesregierung offenkundig.  
Seite 1

Johannes Rau, SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, zum Rechtsradikalismus: Einnischen ist das Gebot der Stunde.  
Seite 2

Hans Urbaniak MdB zur europäischen Stahlindustrie: Und sie bewegt sich doch.  
Seite 3

Michael Müller MdB zur Umweltpolitik Töpfers: Gesetzliches Sofortverbot für ozonzerstörende Chemikalien.  
Seite 4

47. Jahrgang / 224

20. November 1992

### Verschärfung des Embargos gegen Serbien macht widersprüchliche Politik der Bundesregierung offenkundig

Von Karsten D. Voigt MdB  
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

1. Der Beschluß des UNO-Sicherheitsrates zur Verschärfung des Embargos gegen Serbien/Montenegro ist zu begrüßen. Er war lange überfällig. Daß sich die Bundesrepublik Deutschland an sinnvollen Maßnahmen zur Verschärfung von UN-Embargos nicht beteiligen kann, ist das Verschulden der Regierungskoalition. Sie hat leider immer noch nicht ihre Zustimmung zu den von der SPD im Bundestag vorgelegten Vorschlägen für eine Grundgesetzänderung gegeben, mit der eine deutsche Beteiligung an friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO ermöglicht werden soll. Gleichzeitig ist die Koalition unwillig und unfähig, eigene Vorschläge vorzulegen.
2. Blicken wir zurück: Im Juli hat die Bundesregierung mit dem Einsatz der Bundesmarine in der Adria vor aller Welt und gegenüber der eigenen Bevölkerung demonstrieren wollen, daß sich das vereinte Deutschland auch ohne vorhergehende Verfassungsänderung an militärischen Aktionen beteiligen kann, die nicht der Landes- oder Bündnisverteidigung dienen.
3. Mit diesem Husarenritt hat die Bundesregierung nach Auffassung der SPD nicht nur gegen die Verfassung verstoßen, sondern sie hat auch den innenpolitischen Konsens verspielt, der bei allen Einsätzen der Bundeswehr gerade im Interesse unserer Soldaten unerlässlich ist. Die SPD, die vor allem auch die Rechte des Bundestages verletzt sah, hat Klage beim Bundesverfassungsgericht erhoben. Die Bundesregierung verteidigt sich bisher mit dem Argument, es handele sich nicht um eine militärische Aktion und der Einsatz der Bundeswehr sei gar kein Einsatz.
4. Seit der Resolution 787 des Sicherheitsrates ist diese ohnehin falsche Argumentation der Bundesregierung ohne jeden Realitätsbezug, das heißt die Resolution macht die widersprüchliche Politik der Bundesregierung offenkundig. Um dies zu verschleiern, hat das Kabinett jetzt den merkwürdigen Beschluß gefaßt, daß die deutschen Schiffe zwar im Verband bleiben, aber an den "stop and search"-Maßnahmen nicht teilnehmen sollen. Dies dürfte die Position der Bundesregierung vor dem Verfassungsgericht nicht gerade stärken.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussaale 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit verworfenen Adressen  
Regelung-Papier



5. Konsequenz und richtig wäre es, den deutschen Zerstörer nun abdrehen zu lassen. Es bleibt dabei: die Bundesregierung kann sich an der Verfassungsänderung nicht vorbeimogeln und sie kann ihr nicht durch eine Politik der vollendeten Tatsachen vorgreifen.  
(-/20. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### Einmischen ist das Gebot der Stunde

**Von Johannes Rau  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen**

Seit Monaten vergeht kaum ein Tag ohne schreckliche und erschreckende Meldungen darüber, was geschieht, wenn Fremdenangst in Fremdenhaß umschlägt.

**Rechtsextremistische Gewalt führt bis zu Mord und Totschlag.**

- Es darf nicht dazu kommen, daß wir uns an Fremdenhaß und an Gewalt gewöhnen.  
Eine Gesellschaft, in der Haß um sich greift, gefährdet die Grundlagen humanen und demokratischen Miteinanders.  
Das können und dürfen wir nicht hinnehmen.
- Mit Willy Brandt sagen wir:  
"Wo immer schweres Leid über die Menschen gebracht wird, geht es uns alle an, vergißt nicht, wer Unrecht lange geschehen läßt, bahnt dem nächsten den Weg."  
Wer zuschaut oder wegschaut, macht sich mitschuldig. Gleichgültigkeit fördert Haß und Gewalt. Einmischen ist das Gebot der Stunde.

II.

Es genügt nicht zu sagen:

**Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land.**

- Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, daß diesem Satz täglich neue Geltung verschafft wird.
- Es steht viel auf dem Spiel: Das Leid und das Unglück der Menschen, die zu Opfern rechtsextremistischer Gewalt werden, das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft, auch das Bild der Deutschen bei unseren Nachbarn und bei unseren Freunden in der Welt.
- Kaum ein Volk hat so viele Nachbarn wie wir Deutschen, und kein Volk hat in seiner Geschichte so viel Unglück und Leid über seine Nachbarn gebracht.
- Wer dazu beiträgt, das Bild vom "häßlichen Deutschen" wiederzubeleben, der schadet dem Ansehen der Deutschen und er setzt auch Interessen unseres größer gewordenen Deutschlands aufs Spiel.
- Der Rechtsstaat steht vor einer Bewährungsprobe. Wir brauchen keine neuen Gesetze, wir müssen die Gesetze gegen Gewalttäter mit aller Schärfe anwenden.
- Wir müssen uns der irreführten jungen Menschen annehmen und uns den rechtsextremistischen Rattenfängern entgegenstellen! Die schrecklichen Vereinfacher und ihre Scheinlösungen dürfen in Deutschland nicht noch einmal eine Chance bekommen.
- Hier darf es keine Kompromisse geben. Hier dürfen wir nicht zurückweichen.

III.

Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gehört aber auch zu erkennen, daß seine Wortführer nur deshalb Resonanz finden, weil sie alltägliche Erfahrungen,

Sorgen und Nöte der Menschen für ihre inhumanen und undemokratischen Ziele mißbrauchen.

- Der Schutz bedrohter Menschen und die Verfolgung von Straftätern ist wichtig. Auf Dauer noch wichtiger wird es sein, daß wir den Rechtsextremisten den Resonanzboden für ihre verhetzenden Parolen nehmen.
- Ich denke
  - an die wieder wachsende Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit,
  - an die Wohnungsnot,
  - an die ungerechte Steuer- und Finanzpolitik.
- Wo Menschen ohne Orientierung oder persönliche Perspektive sind, da fallen rechtsextremistische Gedanken - und seien sie noch so wirr - leider auf fruchtbaren Boden, gerade auch bei vielen alleingelassenen jungen Menschen, die die Schrecken des Nationalsozialismus und des Krieges höchstens noch vom Hörensagen kennen.
- Der wirkungsvollste politische Beitrag gegen Rechtsextremismus und Gewalt ist eine Politik praktischer Reformen. Eine glaubwürdige Politik der sozialen Gerechtigkeit. Eine Politik, in der Reden und Handeln übereinstimmen.

IV.

- Viele Demonstrationen und Kundgebungen mit hunderttausenden Teilnehmern in den vergangenen Tagen und Wochen beweisen: Die große Mehrheit ist bereit, für Demokratie und Menschenrechte einzutreten und der Gewalt zu widerstehen.

Doch wir alle wissen: Demonstrationen, Kundgebungen und Resolutionen genügen nicht. Unser Land braucht wieder eine Politik, die die Menschen ernst nimmt und sich um die konkreten Probleme kümmert, die ihnen auf den Nägeln brennen. Die also endlich wieder das tut, wozu Politik allein da ist: das Leben der Menschen menschlicher zu machen.

In diesem Sinne haben wir auf unserem Parteitag deutlich gemacht: Auf die Sozialdemokraten ist Verlaß, wenn es in Deutschland schwierig wird. Wir schauen nicht zu. Wir mischen uns ein. Wir stehen dafür, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im vereinten Deutschland nicht auf der Strecke bleiben.

(-/20. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Und sie bewegt sich doch  
Umstrukturierungen in der europäischen Stahlindustrie notwendig**

Von Hans Urbaniak MdB

Die Entscheidung der EG, den zu erwartenden Abbau von rund 50.000 Arbeitsplätzen in der europäischen Stahlindustrie in den nächsten drei Jahren mit knapp 480 Millionen DM abzufedern, ist sehr zu begrüßen.

Damit hat der Vorschlag von EG-Kommissar Martin Bangemann, die Stahlindustrie dem freien Spiel der Kräfte auszusetzen, keine Mehrheit in Brüssel gefunden. Es wird höchste Zeit, daß die notwendigen Umstrukturierungen in der europäischen Stahlindustrie nun endlich in Angriff genommen werden. Eine soziale Flankierung dieser Maßnahmen ist dabei unvermeidlich. Auch die Überkapazitäten, die zwischen 19 bis 26 Millionen t für heißgewalzten, 13 Millionen t für kaltgewalzten und 31 bis 42 Millionen t für Rohstahl geschätzt werden, müssen endlich abgebaut werden.

Es war in den vergangenen Jahren ein ständiges Ärgernis, daß stahlproduzierende EG-Länder sich nicht an den von ihnen mit unterschriebenen Subventionskodex gehalten haben und damit eine Stabilisierung der Lage kontinuierlich verhinderten. Diese Verstöße hat Brüssel zu lange als Kavaliersdelikt durchgehen lassen, wobei sich die Bundesregierung den Vorwurf ge-

fallen lassen muß, die deutschen Interessen, die von diesen Verstößen extrem betroffen waren, nur halbherzig vertreten zu haben.

Nun kommt neben dem Streit mit den USA auch noch das Problem der auf mehr als 50 Prozent angewachsenen Billigimporte aus den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas hinzu. Hier müssen unverzüglich Verhandlungen aufgenommen werden, um nicht noch mehr EG-Arbeitsplätze zu gefährden. Nur ein fairer Wettbewerb kann auf Dauer garantieren, daß die Stahlindustrie endlich zur Ruhe kommt. Daß sich diese Erkenntnis nun auch in Brüssel durchgesetzt hat und die EG bereit ist, sich in dieser Frage zu bewegen, gibt zur Hoffnung Anlaß. Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages hat in seiner letzten Sitzung eine klare Vorgabe gegeben, wie im Stahlbereich weiterverfahren werden soll. Ich erwarte, daß der Bundeswirtschaftsminister diese Anweisungen in Brüssel umsetzt.

(-/20. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### **Gesetzliches Sofortverbot für ozonzerstörende Chemikalien**

**Von Michael Müller MdB  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Der Bundesumweltminister ist ein Papiertiger erster Güte. Immer, wenn es dramatische Meldungen über die weiter fortschreitende Zerstörung der Ozonschicht gibt, kündigt Töpfer mit großem Trommelwirbel neue Maßnahmen an, die sich dann anschließend doch als halbherzig und unzureichend erwiesen. Dies ist die traurige Realität seit nunmehr 1987. Die SPD hat in den letzten fünf Jahren immer wieder Anträge zum Verbot von FCKW und Halonen in bestimmten Anwendungsbereichen vorgelegt. Zweifellos wurden unter dem Druck der Entwicklung seit dieser Zeit auch erste Erfolge erreicht, aber es ist bei weitem nicht das getan worden, was notwendig und möglich gewesen wäre.

Die SPD fordert im Bundestag seit 1989 sogar ein Sofortverbot von FCKW und Halonen sowie eine generelle Überprüfung von Chloremissionen, um eine klare gesetzliche Grundlage für den Ausstieg zu schaffen. Diese Ziele sind vom Bundesumweltminister nie aufgegriffen worden. Herr Töpfer hat dagegen immer neue Ziele angekündigt, aber zugleich notwendige Maßnahmen abgewiegt.

Die SPD fordert auch deshalb den Sofortausstieg, weil der Höhepunkt der Ozonzerstörung noch lange nicht erreicht ist. Der größte Produktionsumfang der ozonzerstörenden Chloremissionen war 1988, doch die Emissionen haben eine Aufstiegsphase von rund 15 Jahren, bis sie ihr Zerstörungswerk beginnen. Das heißt: Vorausgesetzt die Produktion und Freisetzung von FCKW und Halonen werden schnell reduziert, wird dennoch der Höhepunkt der Ozonzerstörung erst nach der Jahrtausendwende erreicht werden. Und dann dauert es noch circa 100 Jahre, bis die Ozonschicht wieder saniert ist.

Eine zweite, ebenso alarmierende Tendenz ist die Abkühlung höherer Luftschichten, weil durch die Erwärmung an der Erdoberfläche weniger Energie in die höheren Luftschichten zurückgestrahlt wird. Aber mit der Abkühlung der Stratosphäre, wo die Ozonschicht ist, werden die chemischen Prozesse begünstigt, die den Zerstörungsprozeß der Ozonmoleküle fördern.

Die SPD fordert die Bundesregierung erneut auf, endlich mit den halbherzigen Maßnahmen aufzuhören. Ein gesetzliches Sofortverbot ist notwendig und möglich. Insgesamt müssen die Chloremissionen in der Bundesrepublik auf ihr Schadenspotential bewertet und umfassend verringert werden.

(-/20. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*